Zeitschrift: Zürcher Taschenbuch
Herausgeber: Gesellschaft zürcherischer Geschichtsfreunde
Band: 117 (1997)

Artikel: Das Politische Institut in Zürich 1807-1833
Autor: Landert-Scheuber, Monika
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-985216

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 20.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

MONIKA LANDERT-SCHEUBER

Das Politische Institut in Zürich 1807–1833[1]

Einleitung

Bildungspolitik ist eng verbunden mit gesellschaftlichen und politischen Bedingungen und wirkt in manchen Fällen direkt auf die Gesellschaft zurück. Dies lässt sich auf modellhafte Art und Weise anhand des Politischen Instituts zeigen, einer Art Mittelschule in Zürich, in der zwischen 1807 und 1833 angehende Staatsbeamte ausgebildet wurden. Mit der Gründung der Schule reagierte die Kantonsregierung auf die Veränderungen der Ansprüche, die nach den Ereignissen der Französischen Revolution und den nachfolgenden Umbrüchen an Politiker und Staatsbeamte gestellt wurden. Die Schule entwickelte sich bald zu einem Sammelbecken der fortschrittlichen, liberalen Kräfte, die einen Umbau des Kantons zu einem modernen Staatsgebilde vorantrieben. Nachdem die Liberalen 1833 die politische Führung übernommen hatten, vermochte die Schule den neuen Vorstellungen eines organischen Schulsystems nicht mehr zu genügen, so dass das Aufgehen in der neugegründeten Universität nicht weiter erstaunt.

[1] Grundlage dieses Beitrags ist eine entsprechende Dissertation bei Peter Stadler, die 1992 als Band 9 der «Schriften zur Zürcher Universitäts- und Gelehrtengeschichte» erschienen ist.

Der Unterricht

Das Politische Institut wurde im Jahre 1807 gegründet als eine Art höhere Mittelschule mit der Aufgabe, junge Männer entweder auf die Beamtenlaufbahn oder zum Besuch einer Universität in Deutschland vorzubereiten. Das Institut war im Stiftsgebäude des Chorherrenstiftes untergebracht, wo ihm ein einziges Schulzimmer zur Verfügung stand. Den Schülern sollte in einem zweijährigen Bildungsgang theoretisches Wissen über den Staat und die Gesetze vermittelt werden, das zum Übertritt in den Staatsdienst befähigen sollte.

Um der politisch interessierten Jugend die angestrebte, breite Bildung zu vermitteln, enthielt der Lehrplan des Politischen Instituts zwei Fächergruppen: einerseits die sogenannten "eigentlich politischen Fächer" und andererseits die "Hilfswissenschaften". Zu den eigentlich politischen Fächern gehörte der Unterricht über Staatsrecht, Justizwesen, Polizeiwesen, Statistik, Allgemeine und Vaterländische Geschichte im ersten Jahr; sowie Geschichte, Justizwesen und Kameralwesen[2] im zweiten Jahr. Zu den Hilfswissenschaften gehörten Philosophie, Psychologie, Mathematik u.a. Die Hilfwissenschaften wurden nicht von den Lehrern des Politischen Instituts gelehrt, sondern am Gymnasium und mussten nicht obligatorisch besucht werden.

Bei einem Besuch aller politischer Fächer – d.h. ohne Besuch der Hilfswissenschaften – erreichte ein Schüler eine wöchentliche Schulbelastung von 16 Stunden Unterricht. Anhand der erhaltenen Schülerlisten, auf denen z.T. auch die besuchten Fächer aufgeführt sind, lässt sich allerdings festhalten, dass längst nicht alle Schüler des Politischen Instituts alle obligatorischen Kernfächer besuchten. Es bestand offensichtlich die Möglichkeit, nur eine mehr oder weniger frei gewählte Auswahl von Fächern zu belegen.

---

[2] Der Begriff «Kameralwesen» meint in etwa das Gleiche, was heute durch das Fach Ökonomie abgedeckt wird.

Die Schüler

Leider sind nur einzelne Schülerlisten erhalten geblieben[3], auf denen zudem lediglich Vor- und Nachname der Schüler eingetragen sind. Dies verunmöglicht mit Ausnahme von Einzelfällen eine eindeutige Identifizierung der Schüler. Immerhin lässt sich festhalten, dass die meisten Schüler bekannte Zürcher Namen wie Keller, Meyer, Scheuchzer oder Finsler trugen. Es kann deshalb angenommen werden, dass die meisten Schüler aus den besseren, alteingesessenen Familien der Stadt Zürich kamen. Vereinzelt finden sich Hinweise auf Schüler aus anderen Kantonen, z.B. aus Schaffhausen, dem Thurgau oder dem Aargau – letztere ehemalige Untertanengebiete, die erst mit der Mediation als neue Kantone zur Eidgenossenschaft gekommen waren. Auch aus der Zürcher Landschaft sind einzelne Schüler bekannt, so aus Grüningen oder Dielsdorf.

Mehr als nur der Name ist von zwei Schülern bekannt, die es in der Schweiz zu einiger Berühmtheit gebracht haben. Jonas Furrer, der von 1848 bis 1861 als Bundesrat amtete, war ebenso Schüler des Instituts wie Johann Caspar Bluntschli, einer der damals bekanntesten Schweizer Juristen. Obwohl die beiden offensichtlich am Politischen Institut ihre Karriere als Politiker und Juristen begannen, scheint ihre Meinung von der Schule nicht gerade besonders gut gewesen zu sein. So äusserte sich Jonas Furrer in einem Rückblick auf seine Jugendzeit ziemlich abschätzig über das Politische Institut:

«Nun war mein Vater getrosten Mutes und er spedierte mich, wenn ich nicht irre, anno 1821 (oder 22?) nach Zürich, damit ich da in den Tempel der Themis eingeführt werde. Dieser hatte die Aufschrift ‹Politisches Institut› und war eine ziemlich bedenkliche Hütte. Die ganze Einrichtung, Lehrmethode und die Wissenschaften selbst, wie sie da vorgetragen wurden, alles wollte mir nicht recht einleuchten. Es zog mich alles wenig an.»[4]

---

[3] Die Schülerlisten sind im Staatsarchiv Zürich in einer separaten Mappe über das Politische Institut aufbewahrt: U 105, Faszikel 6.

[4] Jonas Furrer, Fragmente aus meinem Leben, in: Alexander Isler, Bundesrat Dr. Jonas Furrer 1805–1861, Winterthur 1907, S. 6.

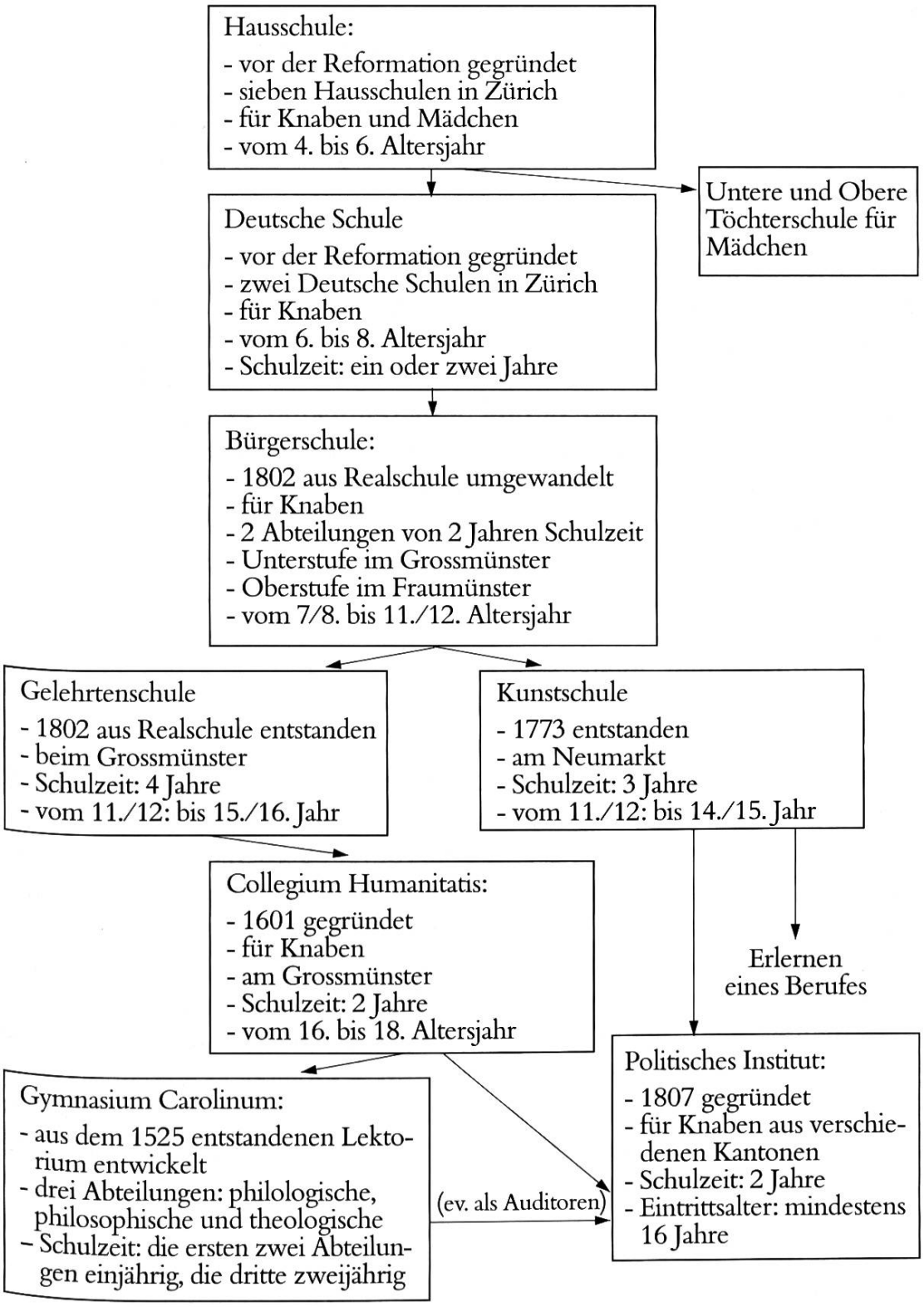
Über die Schülerzahlen lassen sich wegen der schlechten Quellenlage nur beschränkt Aussagen machen. Bekannt ist immerhin die ungefähre Schülerzahlentwicklung im Fach Staatsrecht. Dort schwankte die Zahl der Zuhörer zwischen 2 und 19. Die Schwankungen der Schülerzahlen sind nicht oder nicht nur durch die Qualität des Unterrichts oder die Attraktivität der Schule, sondern auch durch die unsichere politische Lage in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts bedingt: So tauchen in den Quellen immer wieder Klagen darüber auf, dass die Schülerzahlen deshalb abnähmen, weil die Männer zum Militärdienst eingezogen würden.

Bedingungen zur Gründung des Politischen Instituts

Das Politische Institut ergänzte bei seiner Gründung ein bereits existierendes System von verschiedenen Schulanstalten. Die Schulausbildung war streng nach Geschlecht getrennt. Für Mädchen gab es die Untere und Obere Töchterschule. Weitere Ausbildungsmöglichkeiten wurden nicht angeboten. Knaben erhielten in der sogenannten Deutschen Schule und der Bürgerschule eine Grundausbildung. Im Alter von 12 Jahren wurden dann die Weichen für die zukünftige Berufsausbildung gestellt. Wollten die Knaben eher einen praktischen Beruf lernen, besuchten sie 3 Jahre lang die Kunstschule am Neumarkt, um dann direkt ins Berufsleben einzusteigen. Wer nach einer theologischen Ausbildung strebte oder wer sich für einen Universitätsbesuch im Ausland vorbereiten wollte, wählte den Weg über die Gelehrtenschule, das Collegium Humanitatis und das Gymnasium Carolinum. Nach erfolgreichem Abschluss des Carolinums vollendeten die Studenten die akademische Laufbahn an einer auswärtigen Universität oder sie traten als Kandidaten ins zürcherische Ministerium ein, begannen also ihre Laufbahn als Pfarrer.

Im Zürich des frühen 19. Jahrhunderts waren die Ausbildungsmöglichkeiten also vor allem auf die Bedürfnisse der Kirche ausgerichtet. Es existierten keine Möglichkeiten einer höheren Ausbildung in den Bereichen Naturwissenschaft, Geisteswissenschaft oder Rechtswissenschaft. Das Schulsystem entsprach noch weitgehend der Schulsituation des 17. und 18. Jahrhunderts und spiegelte die Bedürfnisse des Ancien Régime. Junge Männer, die in den Staatsdienst eintreten wollten, erhielten

Tafel I: Übersicht über die wichtigsten Schulen von 1807



ihre Ausbildung auf praktischem Wege. Unmittelbar nach Schulaustritt, also ungefähr im Alter von 16 Jahren begannen sie entweder bei den zürcherischen Stadtgerichten oder in einer Kanzlei zu arbeiten und gelangten so in direkter Auseinandersetzung mit der Materie zu den notwendigen Kenntnissen.

Mit der Französischen Revolution und den damit einhergehenden Umbrüchen in der politischen und gesellschaftlichen Situation veränderten sich die Anforderungen an den Verwaltungsapparat und seine Träger grundlegend. 1798 wurde in der Schweiz die alte politische Ordnung – der lockere Staatenbund aus weitgehend unabhängigen Ständen – abgelöst durch einen modernen, zentral geleiteten Einheitsstaat. Dieser Zustand – die Helvetik – degradierte die Kantone und ihre Regierungen zu reinen Verwaltungseinheiten, die nach einheitlichen, vom Bundesstaat vorgegebenen Richtlinien zu funktionieren hatten. Getragen durch die sogenannten Frühliberalen oder Unitarier, wurden die Kantone und der Bund straff organisiert. Kennzeichen dieser modernen Staatsvorstellung waren Gewaltenteilung, die Sicherstellung der Grundrechte, Volkssouveränität und eine parlamentarische Repräsentation. Dem Bildungswesen wurde dabei grosse Aufmerksamkeit zugemessen. Angestrebt wurde eine grundsätzliche Veränderung des Bildungswesens hin zu einem organischen ineinander übergehenden Ablauf der einzelnen Schulstufen, die in eine höchste Ebene, die Universität, münden sollten.[5]

Die Zeit der Helvetik dauerte nur vier Jahre, was nicht reichte, um alle Reformvorschläge umzusetzen. Zudem wurden schon 1803 – verordnet durch Napoleon – viele Errungenschaften wieder aufgehoben, so dass die Situation in vielem dem Zustand von vor 1798 glich. So übernahm in Zürich wieder eine patrizische Führungsschicht aus dem reichen zürcherischen Bürgertum die Macht. Manche Neuerungen der Helvetik wie die Rechtsgleichheit oder das Repräsentationsprinzip blieben allerdings, wenngleich oft nur eingeschränkt, erhalten. Die neue Regierung konnte und wollte nicht alle Veränderungen in der Verwaltung rückgängig machen. Insbesondere wurde weiterhin an der Idee der Gewaltenteilung festgehalten, und die während der Helvetik eingeführte Neuordnung der Beziehungen zwischen den Kantonen blieb in manchen Teilen erhalten. Dieser Wandel führte dazu, dass die Staatsgeschäfte komplexer und vom

---

[5] Werner Wegmann, Ignaz Thomas Scherr. Ein Kapitel zürcherischer Schulgeschichte 1830–1839, Aarau 1941, S. 58ff.

Staatspersonal vermehrt theoretische Kenntnisse gefordert wurden. Diese veränderten Anforderungen riefen nach neuen Formen der Ausbildung. Ludwig Meyer von Knonau, einer der Initianten der neuen Schule, charakterisierte die gestiegenen Anforderungen an das Staatspersonal wie folgt:

«Die helvetische Gesetzgebung, die in die gegenwärtige Bundesverfassung übergegangenen Folgen der Staatsveränderung, haben eine Menge neuer Gesetze, Anordnungen und Verhältnisse hervorgebracht, die sich aus den ehevorigen Einrichtungen nicht nur nicht erklären lassen, sondern denselben theils widersprechen, theils sie verändern; oder wirklich aufheben. Viele von diesen Gesetzen und Anordnungen haben ihre Quellen in denjenigen anderer Kantone, anderer Völker sogar; sie müssen also aus diesen erklärt werden, wenn sie vollständig verstanden werden sollen. ... Und die mannigfaltigen Verbindungen und Verflechtungen mit Frankreich, seinen Töchter-Staaten und Bundsverwandten, nöthigen die Schweizerische Magistratsperson, ja den blossen Privatmann, sich mit manchem bekannt zu machen, an welches er vormals nur nicht einmal denken durfte.»[6]

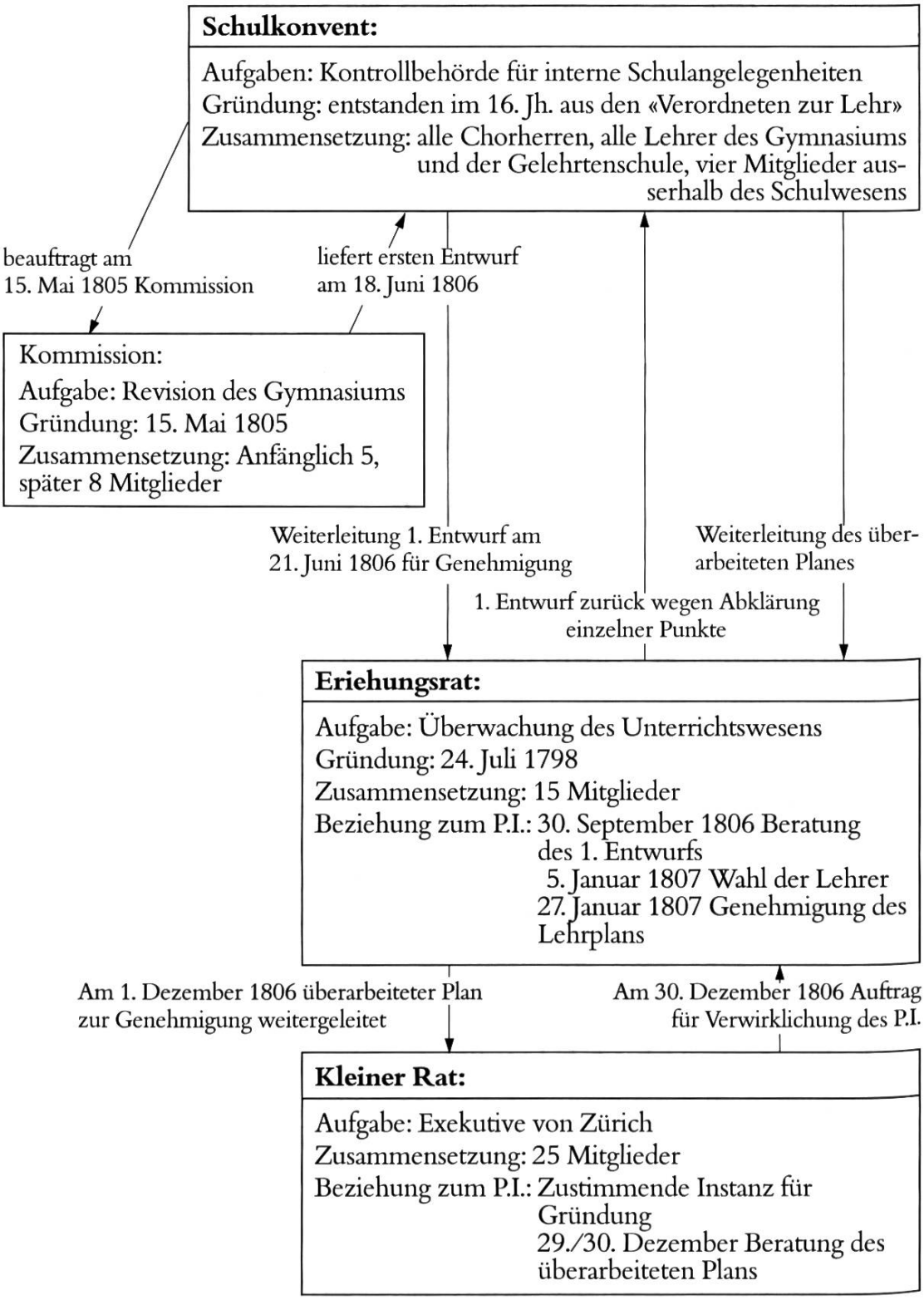
Die Gründung des Politischen Instituts

Der Mangel in der Ausbildung der Staatsbeamten blieb auch den verantwortlichen Stellen in der Regierung nicht verborgen. Der Zürcher Erziehungsrat – eine 1798 gegründete Institution zur Überwachung des Schulwesens – kam 1805 zum Schluss, dass die höheren Schulanstalten des Kantons dringend eine Revision nötig hätten und er wies darauf hin, dass vor allem für angehende Juristen eine Ausbildungsmöglichkeit fehle. Im Protokoll des Erziehungsrates vom 23. April 1805 heisst es denn:

«Wie kann und soll das Gymnasium auch als Bildungsanstalt des politischen Standes eingerichtet werden, damit auch diese Klasse der vaterländischen Jugend, die sich beinahe ganz zurückgezogen hat, wieder anfange an dem Gymnasium teilzunehmen und daselbst die höhere Geistesbildung mit den historischen Vorkenntnissen und theoretischen Grundlagen aller Staatswissenschaft und Staatsweisheit zu suchen und zu

[6] Vgl. die Eröffnungsrede von Meyer von Knonau, in: Isis. Monatsschrift von deutschen und schweizerischen Gelehrten, III. Jahrgang (1807).

Tafel II: Instanzenweg der Gründung des Politischen Instituts



finden, ohne welche die Empiriker in der Politik... ebenso gefährlich und schädlich werden wie die Empiriker in der Medizin.»[7]

Der Erziehungsrat schlug zur Behebung der fehlenden Ausbildungsmöglichkeiten für Staatsbeamte eine Revision des altehrwürdigen Gymnasiums vor. Die Einrichtung einer unabhängigen Schule oder gar einer Universität wurde nicht in Betracht gezogen.

Das Bedürfnis nach einer Verbesserung der Ausbildung des Staatspersonals scheint unbestritten gewesen zu sein. Bald nach der oben zitierten Einschätzung der Situation erteilte der Erziehungsrat dem Schulkonvent, einer Kontrollbehörde für interne Schulangelegenheiten, den Auftrag, ein Konzept für eine Ausbildungsstätte für angehende Juristen und Staatsbeamte zu entwerfen. Nach Bereinigung einiger strittiger Fragen wurde dieses Konzept bereits am 30. Dezember 1806 dem Kleinen Rat, der Zürcher Regierung, vorgelegt, der die Verwirklichung des Politischen Instituts genehmigte. Bereits am 2. Februar 1807 nahm die Schule ihren Betrieb auf.

Im April 1807 beschloss der Kleine Rat, dass die Besoldung der Lehrer des Instituts während der zweijährigen Probezeit ganz vom Kanton übernommen werden sollte. Es finden sich keine Hinweise darauf, dass diese Regelung nach Ablauf der Probezeit 1809 geändert worden wäre. Die Schule wurde also aus der Kantonskasse finanziert.

Treibende Kräfte

Die Gründung des Politischen Instituts wurde durch einige herausragende Persönlichkeiten Zürichs vorangetrieben: Besonders für die Lehranstalt eingesetzt haben sich Ludwig Meyer von Knonau, Paul Usteri und Conrad Escher von der Linth, alles Männer, die in Zürich grosses Ansehen genossen und wichtige öffentliche Ämter besetzten.

Ludwig Meyer von Knonau (1769–1841) stammte aus einem namhaften altzürcherischen Junkergeschlecht und hatte in Halle philologische, historische und juristische Studien betrieben. Während der Helvetik amtete er als Kantonsrichter, 1803 wurde er Oberrichter und Mitglied des Grossen Rates. 1805 nahm er Einsitz im Kleinen Rat, jener Zürcher

[7] Staatsarchiv Zürich: Protokolle des Erziehungsrates, UU 1.1., Missive Nr. 32, 23. April 1805.

Regierung also, die nur wenig später die Gründung des Politischen Instituts beschloss. Meyer von Knonau konnte also aus dem Zentrum der Macht heraus die Gründung jener Institution fördern, zu deren ersten Lehrern er gehörte und die er – als offizieller Redner – 1807 eröffnen konnte.

Paul Usteri (1768–1831) hatte in Göttingen studiert und war in Zürich neben seiner praktischen Arzttätigkeit am medizinisch-chirurgischen Institut als Professor tätig. Usteri wurde 1797 Mitglied des Grossen, 1803 des Kleinen Rates. Während der Helvetik – einer Zeit relativer Pressefreiheit – gab er zusammen mit Conrad Escher die progressive Zeitung «Schweizerischer Republikaner» heraus, und 1821 gehörte er zu den wichtigen Mitarbeitern der freisinnigen «Neuen Zürcher Zeitung». Usteris Eintreten für das Politische Institut ist verschiedentlich verbürgt.

Conrad Escher (1767–1823) hatte in Göttingen Vorlesungen über Naturwissenschafen, Staatsrecht und Politik gehört. Während der Helvetik gab er zusammen mit Usteri den schon erwähnten «Schweizerischen Republikaner» heraus. 1798 wurde er Mitglied des helvetischen Grossen Rates (zu vergleichen mit dem heutigen Nationalrat) und 1801 Senatsmitglied (zu vergleichen mit dem heutigen Ständerat). Er war Mitglied des zürcherischen Erziehungsrates, jener Instanz also, die das Politische Institut angeregt hatte, und gehörte wie Meyer von Knonau zu den drei ersten Lehrern der Schule. Seinen Ehrennamen «von der Linth» erhielt er für seine Verdienste bei der Melioration der Linthebene. Die Belastungen durch diese Arbeit zwangen ihn 1814 denn auch, sein Lehramt am Politischen Institut aufzugeben.

Meyer von Knonau, Usteri und Escher von der Linth gehörten – obwohl aus alteingesessenen Zürcher Familien stammend – ganz offensichtlich den politisch Progressiven an. Alle gehörten sie zur Gruppe der Unitarier oder Frühliberalen, die sich für einen starken Einheitsstaat und für die Erhaltung der Errungenschaften der Französischen Revolution einsetzten.

Meyer von Knonau und Hans Conrad Escher amteten zusammen mit Heinrich Escher, der ebenfalls aus dem liberalen Umfeld stammte, auch als die ersten Lehrer des Politischen Instituts. Damit gehörten alle Lehrer der Frühzeit des Instituts dem Kernfeld der frühliberalen Bewegung an. Doch damit nicht genug: Ein Überblick über alle Lehrerpersönlichkeiten des Politischen Instituts bis zu seiner Schliessung im Jahre 1833 macht deutlich, dass der Unterricht auch nach dem Ausscheiden der

Gründergeneration aus dem Lehrkörper vor allem in den Rechtsfächern weiterhin entscheidend durch Persönlichkeiten des liberalen Lagers geprägt wurde. Mit Friedrich Ludwig Keller, David Ulrich, Johann Jakob Hess oder Melchior Hirzel wirkten am Institut Lehrer, die in den zwanziger und dreissiger Jahren des 19.Jahrhunderts die ausserparlamentarische Oppositionsgruppe der «Jungen Juristen» entscheidend prägten. Keller, Ulrich und Hess gehörten dann in den frühen dreissiger Jahren auch zu den Leitfiguren des liberalen Durchbruchs von 1831.

Das Politische Institut kann also ohne Übertreibung als Denkschule des heimischen Liberalismus und als Kaderschmiede der liberalen Bewegung bezeichnet werden. Diese Funktion ist auch den Zeitgenossen nicht verborgen geblieben. Der Zeitzeuge Ignaz Thomas Scherr, der in seinen Beobachtungen die Verhältnisse in Zürich zwischen 1825 und 1839 beschrieb, hielt fest:

«Wiederholt habe ich in letzter Zeit beim geselligen Beisammensein mit jüngeren Männern beobachtet, dass sich Opposition gegen das herrschende Regierungssystem bemerkbar macht. Dieser freiere Geist geht namentlich von der jüngeren juristischen Schule des politischen Instituts aus, an dem der geistreiche Dr. Ludwig Keller neue Theorien der zürcherischen Rechtspflege vorträgt und die gehässige Verketzerungssucht der konservativen Aristokraten in offener Weise angreift.»[8]

Dieses Zitat benennt die direkte Beziehung zwischen dem Politischen Institut und der liberalen Bewegung in nicht zu übertreffender Deutlichkeit. Es macht klar, dass im Politischen Institut eine Gruppe liberal denkender Oppositioneller tätig war und dass die Schule als Keimzelle liberalen Gedankengutes wirkte. Diese Gruppe verstand es, die Schule von konservativen Einflüssen abzuschirmen. Nach dem Rücktritt der Gründerväter wirkten praktisch nur ehemalige Schüler des Instituts als Lehrer. Diese «Inzucht» innerhalb der Lehrerschaft führte dazu, dass das Institut fest in liberaler Hand blieb.

---

[8] Ignaz Thomas Scherr: zit. nach Willibald Klinke, Ein Kampf für Bildung und Freiheit. Ignaz Thomas Scherrs Erlebnisse im Zürichbiet, 1825–1842, Zürich 1940, S. 33f.

Die Bedeutung des Politischen Instituts

Das Politische Institut bedeutete für das politische Leben und das Machtgefüge der Stadt Zürich einen wichtigen Schritt. Allein schon die Gründung des Politischen Instituts war ein politischer Akt. Die Schaffung einer Alternative zum traditionellen Gymnasium Carolinum beendete endgültig das Bildungsmonopol der Geistlichkeit im Bereich der höheren Schulen. Diese Schwächung der Position der Kirche im Bildungsbereich war bedeutsam, weil die zürcherische Geistlichkeit eindeutig konservativ-aristokratische Interessen vertrat. Die Gründung des Politischen Instituts und die damit verbundene Einmischung liberaler Persönlichkeiten ins Schulwesen haben Aristokratie und Geistlichkeit dann auch nicht besonders gerne gesehen, was folgendes Zitat, nocheinmal von Scherr, belegt:

«Die Geistlichkeit, die eine ausgesprochene Stütze der Regierungsgewalt ist, die die Schulen unter sich hat, und die im Lehrer einen ihnen Untergeordneten sieht, hat es überhaupt nicht gerne, dass sich andere in die Bildung des Volkes, die ihr Privilegium zu sein scheint, einmischen.»[9]

Das Politische Institut war wegen seiner Aufgabe politisch bedeutsamer als andere Schulen wie etwa das Medizinisch-chirurgische Institut, dessen Gründung ebenfalls Bestandteil des liberalen Bildungskonzepts war. Die politische Relevanz dieser Schule blieb aber vergleichsweise klein, da Ärzte im Machtgefüge eines Staatsgebildes – von Ausnahmen einmal abgesehen – nie dieselbe Bedeutung haben wie Juristen. Im Politischen Institut dagegen wurden jene Personen geformt, die später in allen Bereichen des Staates – in Parlament, Regierung und Verwaltung ebenso wie im Gerichtswesen – wichtige Funktionen ausüben werden. Mit der Gründung des Politischen Instituts übernahmen die Liberalen die Ausbildung der Juristen und Staatsbeamten und erhielten so langfristig ein Instrument zur Umgestaltung des Staates in ihre Hände.

Die Bedeutung der Besetzung von Verwaltungs- und Gerichtsstellungen war Meyer von Knonau – und wohl nicht nur ihm – sehr wohl klar. Er beschreibt im folgenden Zitat die gezielte Aemterbesetzung als Strategie der Machtsicherung der Aristokratie nach dem Zusammenbruch der Helvetik:

---

[9] Ignaz Thomas Scherr, Meine Beobachtungen, Bestrebungen und Schicksale während meines Aufenthalts im Kanton Zürich vom Jahr 1825–1839, 4. Heft, S. 11.

«Auch in den Beamtungen auf der Landschaft wurden neben wenigen Leuten von einiger Bedeutung in der Regel nur solche angestellt, die der Regierung... unbedingt ergeben waren und Beweise davon gegeben hatten... In der Folge vermehrte sich diese Missstimmung hin und wieder durch Beamten-Wahlen, die mit Beiseitesetzung tüchtiger Männer auf solche fielen, deren Verdienst nur darin bestand, dass sie unbedingt dem herrschenden System ergeben waren.»[10]

Die Gründung des Politischen Instituts verfolgte das Ziel, diese Günstlingswirtschaft zum Zwecke der Machtsicherung zu unterlaufen. Mehrmals versuchte die Schulleitung bei der Regierung durchzusetzen, dass für eine Aemterbesetzung der Nachweis einer entsprechenden Ausbildung – eines Besuchs des Unterrichts am Politischen Institut also – vorauszusetzen sei. Auch wenn dieses Postulat bei der konservativen Regierung nicht durchzusetzen war, so trug die Tätigkeit des Instituts längerfristig doch ihre Früchte und führte zu einer schleichenden Veränderung der politischen Situation. Die Arbeit des Politischen Instituts führte dazu, dass neu in den Staatsdienst eintretende Juristen und Beamte fast ausnahmslos mit dem liberalen Gedankengut vertraut waren, was längerfristig zu einer schleichenden Infiltration des konservativen Kantons führte. Insbesondere standen dem liberalen Zürich dank der Tätigkeit des Instituts nach der Revolution von 1831 Beamte zur Verfügung, die dem Stande der Zeit angemessen ausgebildet waren und nicht erst mühsam mit den neuen Vorstellungen vertraut gemacht werden mussten.

Auflösung des Polititischen Instituts

Zwei Jahre nach der Machtübernahme durch die Liberalen wurde das Politische Institut geschlossen. Der Grund dafür lag nicht im Scheitern der Schule, sondern in den offensichtlichen Mängeln, die die Institution seit ihrem Beginn belastet hatten. Verschiedentlich waren zwischen 1807 und 1833 Versuche unternommen worden, den Schulbetrieb zu verbessern und einem Universitätsbetrieb anzugleichen. So kam es 1809 und 1812 zu kleinen Veränderungen in der Organisation der

[10] Ludwig Meyer von Knonau, Lebenserinnerungen, hrsg. von Gerold Meyer von Knonau, Frauenfeld 1883, S. 228.

Schule, ohne dass sich dadurch aber Relevantes geändert hätte. Die meisten Vorschläge für eine Reform scheiterten an politischen und anderen Rahmenbedingungen, wodurch das Politische Institut immer irgendwie ein Provisorium blieb. Erst die veränderten politischen Bedingungen nach 1831 ermöglichten eine umfassende Schulreform und eine tiefgreifende Umgestaltung des Bildungswesens. Im neuen Schulsystem wurden die Aufgaben des Politischen Instituts der juristischen Fakultät der neugegründeten Universität übertragen. Das Politische Institut ging übergangslos in der Juristischen Fakultät der Hochschule Zürich auf. Friedrich Ludwig Keller, Johann Caspar Bluntschli und Heinrich Escher, alles ehemalige Lehrer des Instituts, waren ab 1833 an der Hochschule als Professoren der juristischen Fakultät tätig.